

VIVANT- Fraktion im
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Plenarsitzung vom 28. Januar 2008:

Interpellation von Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz zur Ratifizierung des Vertrages von Lissabon in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

In einer kurzen GE-Notiz vom 17. Januar 2008 werden Sie mit der Aussage zitiert, dass der Vertrag von Lissabon noch vor Ostern im Parlament der DG grünes Licht erhalten würde.

Nun soll also der neue Europa-Vertrag, welcher laut Aussage von Valéry Giscard d'Estaing mit dem Text des gescheiterten EU-Verfassungsvertrages identisch ist, ohne öffentliche Diskussion und ohne jegliche Konsultation der Bevölkerung in den Parlamenten Belgiens durch gewunken werden.

Dabei zeigen die Meinungsumfragen in allen europäischen Mitgliedstaaten, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung sich zum Vertrag von Lissabon äußern möchte.

Die sowohl ängstliche als auch arrogante Haltung der politischen Führungskräfte in Europa nimmt deshalb in Kauf, dass das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber jedem europäischen Vorschlag verstärkt und ein lang anhaltender Schaden verursacht wird.

Deshalb fordert VIVANT- Ostbelgien eine öffentliche Informationsveranstaltung über den Vertrag von Lissabon sowohl im Norden als auch im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft, so wie anschließend eine Befragung der Bevölkerung, BEVOR es zur Abstimmung über den Vertrag von Lissabon im Parlament der DG kommt!

Die VIVANT- Fraktion weist darauf hin, dass der Vertrag von Lissabon einen sehr großen Einfluss auf das wirtschaftliche, soziale und politische Leben in Belgien ausüben wird. Es muss deshalb die Frage gestellt werden: Wer ist maßgeblich verantwortlich für die Abfassung der verschiedenen Artikel des Vertrages von Lissabon?

Um diese Frage zu beantworten, muss man an den Anfang der EU zurückgehen.

Das vorrangige Ziel der EU - war und ist - die Verbesserung der Handelsmöglichkeiten der Unternehmen und die Steigerung ihrer Profite, sowohl in Europa selber, als auch zwischen den Kontinenten. Dementsprechend wurde der Text maßgeblich vom Verband der Europäischen Unternehmen geschrieben.

Um dieses EU-Ziel durchzusetzen, stehen die Kommissare und der Europarat bzw. der Ministerrat bereit, welche die Anwendung der einzelnen europäischen Direktiven und Erlasse in den Mitgliedstaaten durchsetzen sollen. Mit anderen Worten, in den europäischen Mitgliedstaaten wird die Demokratie zunehmend durch die europäische Governance, sprich Regierungsgewalt, ersetzt.

Mit dem Vertrag von Lissabon wird dieser anti-demokratische Charakter der europäischen Institutionen bestätigt, weil kein gewählter Mandatar und kein gewähltes Gremium weder das Recht hat auch nur den kleinsten Text als europäische Direktive vorzuschlagen, noch das Recht besitzt in den wesentlichen Kapiteln Änderungen des Vertragstextes zu beschließen, denn das Europa-Parlament besitzt dieses Abänderungsrecht nur teilweise und nur für zweitrangige Bereiche.

Insbesondere im Sozialbereich strebt der Lissabon-Vertrag keinerlei Harmonisierung der Sozialrechte nach oben für die Mitgliedsstaaten der EU und für alle Länder der Erde an. Im Gegenteil erzwingen die europäischen Direktiven und der europäische Gerichtshof soziale Konkurrenz und Sozialdumping in Europa und weltweit. Am deutlichsten ist dies zu erkennen an der zunehmenden Zahl von prekären Arbeitsstellen in Form von Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf und generell an der Tatsache, dass nicht selten auch Vollzeitarbeitsstellen keine gesellschaftsgerechte Existenzsicherung mehr garantieren. Dieses vorwiegende Profitstreben der EU wird in den Entwicklungsländern deutlich an der Zerschlagung der einheimischen Landwirtschaft durch die Vermarktung der massiv subventionierten und dadurch billigen Nahrungsmittel des europäischen Agrarmarktes in den Ländern der Dritten Welt.

Dabei sind es gerade diese unfairen Handelsbedingungen, welche den Strom der Wirtschaftsflüchtlinge aus diesen Ländern zu uns anheizt und den rechtsextremen Parteien bei uns Auftrieb verleiht!

Es kommt eine Entwicklung hinzu, welche Jeder unschwer feststellen kann, der mit Aufmerksamkeit die jüngsten Ereignisse auf dem Finanzsektor verfolgt: Die privaten Bankinstitute, welche das Geldsystem beherrschen, werden uns ins Chaos führen, wenn nicht sehr schnell in den europäischen Mitgliedstaaten die Geldschöpfung und die Geldmengenvermehrung der demokratischen Kontrolle, zum Wohle der Bevölkerung, unterworfen wird.

Kein Geringerer, und Sie werden mir bestimmt glauben, Herr Lambertz, dass ich diese Meldung mit großem Interesse und aufkeimender Hoffnung gelesen habe, kein Geringerer als Ihr Parteipräsident Elio Di Rupo hat vor wenigen Tagen geäußert, dass die Finanzwelt dabei ist, die Produktionswirtschaft zu zerstören. Er fordert dazu auf, die Finanzwelt entschlossen zu bekämpfen, die, so sagt Elio Di Rupo, ich lese wörtlich aus einer Mitteilung im GE vom vergangenen Samstag, der Gesellschaft schweren Schaden zufügt, sozialen Schaden, wachsende Armut, Angst, Stress und Umweltprobleme. Wie müssen die Finanzwelt entschlossen bekämpfen... Auch Ihre Parteikollegin Laurette Onkelinx, hat, um das Haushaltsloch von 3,5 MRD € zu stopfen, vor wenigen Tagen in einem Interview mit der Zeitung "Le Soir" gefordert, das Geld dort zu suchen, wo es in Mengen vorhanden ist, unter Hinweis auf Privilegien der Banken.

Jetzt, wo keine Pensionsfonds mehr so ohne weiteres vereinnahmt werden können, wo keine öffentlichen Besitztümer und keine Gewinn bringenden öffentlichen Dienstleistungen mehr da sind, die noch ohne weiteres an den Privatsektor veräußert werden könnten, wird allmählich das wirkliche Ausmaß der öffentlichen Finanzmisere deutlich: Gemäß einer Mitteilung des Ausschusses zur Überwachung des föderalen Haushalts laut Bericht im GE vom 17/10.2007 - wird "das Haushaltsloch immer größer ... u.a. durch die Mehrkosten für die Schuldentilgung auf Grund der Anhebung der Zinssätze". Gemäß einer Aussage von Guy Verhofstadt vom 9. Januar 2008 "steht kein Geld mehr für kostspielige Maßnahmen zur Verfügung, wie z.B. zur Steigerung der sinkenden Kaufkraft", ich füge hinzu, ganz zu schweigen für die dringend notwendigen Investitionen in den Klimaschutz! Vizepremierminister Yves Leterme stellt in seiner Rede zur Einsetzung der "Arbeitsgruppe Staatsreform" am 15. Januar 2008 fest, dass die Finanzierungsregeln die Mittel des föderalen Staates zur Erfüllung seiner Kernaufgaben unter Druck setzt.

Auch die "Union des Villes et Communes de Wallonie" stellt in einer Mitteilung vom 2. Oktober 2007 fest, dass die Kommunen immer tiefer in einer finanziellen Krise versinken,

und sie will deshalb sogar von den multinationalen Gas- und Telefonkonzernen Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Straßen- und Wegenetzes verlangen.

Aus diesen verschiedenen Feststellungen heraus wiederhole ich nochmals die Forderung von VIVANT- Ostbelgien, VOR der Abstimmung über den Vertrag von Lissabon im PDG, eine intensive Informationskampagne zu diesem Vertragstext und eine vorherige Befragung der Bevölkerung in der DG durchzuführen.

Ich komme zu den schriftlich eingereichten Fragen:

1. Befürchten Sie nicht, Herr Ministerpräsident, dass auch in der DG eine Umgehung der Bevölkerung bei der Beschlussfassung zum Lissabon-Vertrag eine weitere Verstärkung der Politikverdrossenheit der Menschen auslösen wird? Ich darf diesbezüglich an den bereits sehr hohen, rechtsextremen Stimmenanteil in der DG bei den letzten Wahlen erinnern.
2. Wie stehen Sie zum Vorwurf des Sozialdumpings durch den Vertrag von Lissabon?
3. Wie stehen Sie zu dem Vorwurf, dass eine weitere, automatische Umverteilung des ökonomischen Mehrwertes in Belgien von Arm zu Reich bewirkt wird durch die Direktive des Lissabon-Vertrages, welche festlegt, dass, im Wesentlichen, nur private Bankinstitute neues Geld mittels Kreditvergabe in den Wirtschaftskreislauf einbringen dürfen?

Dieser Artikel wird im Vertrag von Lissabon, ohne Korrektur, aus dem gültigen EU-Vertrag übernommen. Genau so wie natürlich auch alle anderen relevanten Artikel in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Finanzen und Konkurrenz übernommen wurden, ohne die notwendigen Korrekturen zum Schutz der Demokratie und der Solidarität vorzunehmen.

St.Vith, den 19.01.2008

Dr. Joseph Meyer

Vorsitzender der VIVANT- Fraktion